



„Stop the boats“
Mit der „Operation Sovereign Borders“ versucht die neue australische Regierung, ihr Wahlversprechen einzulösen.



Australien macht Druck

In Indonesien verschlechtern sich die Bedingungen für Asylsuchende und Flüchtlinge. Bislang waren Asylsuchende im Inselstaat Indonesien geduldet, wenn auch ungern. Viele von ihnen waren auf dem Weg nach Australien. Nun werden die Hürden für Asylsuchende und Flüchtlinge immer höher.

Von Antje Missbach

Seit Ende der 1970er ist Indonesien ein häufig frequentiertes Transitland für Asylsuchende, zumeist aus Süd- und Südostasien. Wegen seiner günstigen geografischen Lage und den relativ durchlässigen Grenzen eignet sich der Archipel hervorragend als temporäre Zuflucht für Menschen auf der Flucht. Bereits nach dem Ende des Vietnamkrieges kamen zehntausende VietnamesInnen per Boot dorthin. Die meisten von ihnen wurden nach langen Jahren des Wartens nach Europa, Australien und in die USA umgesiedelt. Nicht wenige jedoch wurden gegen ihren Willen Mitte der 1990er nach Vietnam repatriert, weil in den westlichen Aufnahmeländern die Sympathie für antikommunistische Flüchtlinge nachgelassen hatte.

Aufgrund der zunehmend blockierten Fluchtkorridore Richtung Europa kommen heutzutage vor allem islamische Asylsuchende aus Nahost, Zentralasien und sogar Ost- und Nordafrika in den Inselstaat Indonesien. Die meisten hoffen, alsbald in ein sicheres Drittland zu gelangen, entweder auf regulärem Wege (Resettlement) oder eben anderweitig, meist per Boot nach Australien. Nach Angaben der australischen Migrationsbehörde DIAC erreichten 2013 allein in den ersten sechs Monaten 196 Boote mit 13.108 Menschen australisches Territorium. Nicht alle überleben die riskanten Überfahrten, in den letzten fünfzehn Jahren ertranken mindestens 1.500 Menschen.

Von Desinteresse zu Ablehnung

Laut Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR in Jakarta lebten im Juli 2013 offiziell 8.623 Asylsuchende und 2.072 anerkannte Flüchtlinge in Indonesien; zu vier Fünfteln handelt es sich dabei um Männer. Auch wenn die Dunkelziffer mindestens doppelt so hoch sein könnte, ist Indonesien längst nicht so frequentiert wie seine Nachbarländer Thailand (84.479 Flüchtlinge und 14.580 Asylsuchende) und Malaysia (90.185 Flüchtlinge und 11.650 Asylsuchende). Dank seiner geografischen Nähe zu Australien aber stellt Indonesien die letzte zu überwindende Hürde auf dem Weg ins lucky country dar.

Dauerhaft in Indonesien zu verweilen, ist für Asylsuchende keine Alternative zur Weiterreise. Als Nichtunterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention bietet Indonesien keinerlei Schutz. Weder verfügt Indonesien über einen rechtlichen Rahmen für die Prüfung von Asylgesuchen noch ist eine dauerhafte Inklusion der Asylsuchenden erwünscht. Arbeiten ist ihnen ausdrücklich untersagt. Dennoch hat Indonesien bisher weitgehend von Abschiebungen abgesehen, was in erster Linie daran liegt, dass die dafür benötigten finanziellen Mittel fehlen. Allen Erwartungen nach wird sich daran in Zukunft einiges ändern. Nicht nur ist der australische Druck auf Indonesien gewachsen, sondern auch die indonesische Haltung gegenüber den „ungeladenen Gästen“, wie sie die

indonesischen Medien oft bezeichnen, hat sich von jahrelangem Desinteresse in ausdrückliche Ablehnung gewandelt.

Da keine einzige indonesische Behörde für Asylsuchende zuständig ist, übernimmt das UNHCR die Bearbeitung der Asylanträge. An vier Tagen pro Woche werden täglich etwa 30 Asylsuchende vorgelassen, um einen Termin für ein Erstinterview mit UN-MitarbeiterInnen zu ergattern. Bis es damit endlich soweit ist, vergehen meist mehrere Monate, da das UNHCR in Indonesien unter Personalmangel leidet. Zwischen Antragstellung und der Entscheidung über den Antrag liegen durchschnittlich zwei Jahre.

In der Zwischenzeit sind die Asylsuchenden auf sich selbst gestellt. Manche leben von Erspartem oder erhalten Überweisungen von Familienangehörigen. Selbst Schwerkranke werden vom UNHCR nur in Ausnahmefällen finanziell unterstützt. Erst nach ihrer Anerkennung erhalten Flüchtlinge monatlich umgerechnet 110 Euro pro Familie. Das ist knapp die Hälfte des durchschnittlichen indonesischen Pro-Kopfeinkommens. Zudem müssen Nicht-IndonesierInnen bei Miete oder Transport oft mehr als Einheimische bezahlen.

Antje Missbach
ist McKenzie Post-
Doctoral Fellow an
der Melbourne Law
School. Ihre letzte
Buchveröffentlichung
ist „Politics and
Conflict in Indone-
sia: The Role of the
Acehnese Diaspora“
(Routledge 2011).

Die Anerkennungsraten von Asylgesuchen unterscheiden sich von Nationalität zu Nationalität. Beispielsweise stehen für afghanische Asylsuchende (84 Prozent) die Chancen höher als für TamilInnen aus Sri Lanka (46 Prozent). Aber im Vergleich zu Europa mit gerade mal 25 Prozent Anerkennungsquote sind sie mit durchschnittlich 78 Prozent insgesamt deutlich höher. Wer einmal als Flüchtling anerkannt wurde, kann sich beim UNHCR um die Umsiedlung in ein Drittland bewerben. Ein Recht auf Umsiedlung gibt es jedoch nicht, denn das UNHCR ist gänzlich auf das Wohlwollen einzelner Aufnahmeländer angewiesen. In den ersten sechs Monaten 2013 wurden 597 Flüchtlinge aus Indonesien umgesiedelt, die meisten nach Australien. Zwar ist das eine deutliche Steigerung zu den Vorjahren, aber es ist noch immer viel zu wenig, um Asylsuchende und Flüchtlinge von gefährlichen Bootsüberfahrten nach Australien abzuhalten.

Weggesperrt im Gefängnis

Solange Asylsuchende und Flüchtlinge unter Obhut des UNHCR sind, lässt sie die indonesische Polizei, bis auf gelegentliche Schmiergeldzahlungen, weitgehend in Ruhe. Sollten sie aber bei dem Versuch erwischt werden, Indonesien per Boot in Richtung Australien zu verlassen, landen sie in einem der 13 Flüchtlingsgefängnisse. Die Bedingungen in diesen Einrichtungen rangieren zwischen mangelhaft bis sehr schlecht. Nicht nur, dass sie oft hoffnungslos überfüllt und die hygienischen Bedingungen miserabel sind, es ist wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen – sowohl zwischen den Inhaftierten und dem Wachpersonal als auch zwischen Asylsuchenden unterschiedlicher Herkunft. Asylsuchende, die vorm indonesischen Gesetz als illegale MigrantInnen gelten, können bis zu zehn Jahre und ohne Gerichtsverfahren in den Gefängnissen festgehalten werden. Einmal eingesperrt, ist der Zugang zu NGOs und AnwältInnen kompliziert. Ohnehin gibt es kaum indonesische JuristInnen, die sich in Asylfragen auskennen.

Da der indonesische Staat keine Gelder für Asylsuchende ausgeben will, auch nicht für deren ‚Aufbewahrung‘ (ware-housing), übernimmt die Internationale Organisation für Migration (IOM) die meisten Kosten, von Verpflegungszuschüssen in den Flüchtlingsgefängnissen bis zu deren Ausbau. In vielen Bereichen, die mit irregulärer Migration zu tun haben, spielt die IOM eine unrühmliche Rolle. Da die IOM die meisten ihrer Gelder von Australien erhält, wundert es kaum, dass sie sich auch in puncto Trainings für Grenzschützer und Repatriierungsprogramme in Indonesien ins Zeug wirft.

Im Laufe der Jahre haben sich in den Flüchtlingsgefängnissen Strukturen für Korruption und Ausbeutung entwickelt. Zahlungskräftige InsassInnen können sich durchaus ihre Flucht erkaufen. Jedoch sind gezahlte Bestechungsgelder keine Garantie, nicht alsbald wieder festgenommen zu werden.

Da die Kapazitäten in den Gefängnissen nicht ausreichen, dürfen manche Asylsuchende in überwachten Wohngegenden leben. Neben Großstädten wie Jakarta, Surabaya und Medan ist auch die Gebirgsregion Puncak in der Nähe Jakartas beliebt bei Flüchtlingen. Nicht nur wegen der geringeren Lebenshaltungskosten, sondern auch wegen der klimatischen Vorteile lebten dort bis vor kurzem mehrere tausend Asylsuchende und Flüchtlinge in Dörfern. In den ersten Jahren verlief

das Nebeneinander von Asylsuchenden, Flüchtlingen und IndonesierInnen relativ unproblematisch. Interkulturelle Missverständnisse und soziale Missgunst verschlechterten jedoch zunehmend die Beziehungen. Aufschreie konservativer Sittenwächter brachten das Fass vollends zum Überlaufen. Viele der männlichen Migranten haben indonesische Freundinnen, die sie aber wegen der fehlenden Papiere nicht heiraten dürfen. Nach Protesten sahen sich die Behörden gezwungen, die Asylsuchenden und Flüchtlinge zu verbannen. Erneut vertrieben, landeten die meisten wieder in Jakarta. Der Druck, eine Bootsüberfahrt nach Australien zu riskieren, statt weiter dort auszuharren, nahm zu.

Abschreckung ohne Wirkung

Die Lage derer, die in Indonesien warten oder neu dort eintreffen, droht sich nun noch zu verschlimmern. Seit die australische Regierung im Juli 2013 entschied, alle weiteren Bootsflüchtlinge in Camps auf Nauru und Manus Island (Papua-Neuguinea) zu verfrachten, statt sie in abgelegene Lager in Australien einzusperren, nimmt die Zahl der Asylsuchenden in Indonesien zu. Um der Regierung in Jakarta diese angebliche Neuverteilung von Verantwortung schmackhafter zu machen, offeriert die australische Regierung finanzielle Anreize für den Ausbau der Grenzüberwachung in Indonesien und ein härteres Durchgreifen gegen ‚Schleuser‘, die die Asylsuchenden bisher nach Australien gebracht haben.

Was zur Abschreckung gedacht war, geht aber nicht auf. Noch immer kommen Asylsuchende auf Booten, wenngleich die Zahl der Neuankömmlinge deutlich abgenommen hat. Wie viele Menschen genau von der australischen Küstenwache aufgegriffen wurden, ist aufgrund der gegenwärtigen Nachrichtensperre schwer zu sagen. Fakt ist, dass Australien im Dezember erstmals wieder Boote nach Indonesien ‚forcefully‘ zurückgeschleppt und am äußersten Zipfel des Inselstaates (auf der Insel Roti) abgeladen hat.

Im November hat sich die indonesische Regierung erstmals geweigert, Asylsuchende, die von der australischen Marine in der Nähe der australischen Weihnachtsinsel aufgegriffen wurden, wieder aufzunehmen. Die Bootpassagiere wurden daher sofort nach Manus oder Nauru weiterverfrachtet. Aufgrund von diplomatischen Spannungen hat Indonesien mittlerweile Australien die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Flüchtlingsschmuggel aufgekündigt und sogar den Botschafter aus Canberra abgezogen.

Die Zahl der neu eintreffenden Asylsuchenden in Indonesien steigt derweil weiter. Solange Menschen vor Kriegen und Gewalt fliehen, werden sie weiterhin nach Indonesien oder in angrenzende Transitländer kommen. Sind die Bedingungen dort zu harsch und das Warten auf reguläre Umsiedlung aussichtslos, werden die Asylsuchenden Wege finden, nach Australien zu kommen. Um Verhaftungen in Indonesien zu umgehen, werden womöglich höhere Bestechungsgelder fällig. Um dem Grenzschutz zu entkommen, müssen längere und gefährlichere Routen eingeschlagen werden. Um Abschiebungen auf hoher See zu unterbinden, werden sich Asylsuchende sogar gezwungen sehen, ihre Boote vor den Augen der Marine zu sabotieren, weil diese zur Rettung von Schiffbrüchigen verpflichtet ist. Je schwieriger es den Asylsuchenden gemacht wird, sicheren Boden zu erreichen, desto höher werden die menschlichen Kosten der Flucht.<